

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/20

Hannover, 7. März 1947
Telefon 20951/52

Der Wert von Pakten

R.B. Eine Reihe von Bündnissen ist noch dem zweiten Weltkrieg in Europa geschlossen worden und weitere stehen in Aussicht. Frankreich wird einen politischen Vertrag mit der Tschechoslowakei unterzeichnen, während diese mit Jugoslawien paktieren will. Das Bündnis zwischen England und Frankreich ist unterschrieben. Da zu gleicher Zeit ein Vertrag zwischen Frankreich und Russland besteht, und dieses wiederum mit England durch ein Agreement verbunden ist, mag der europäische Ring geschlossen sein.

So begrüssenswert die Tatsache der vielfachen Bündnisse ist, so weit diese der Sicherung des Friedens dienen, so gross sind aber auch die Zweifel an der Brauchbarkeit solcher Abmachungen. Wenn deshalb Stimmen laut werden, die in dem verwirrenden europäischen Bündnissystem eher ein Hindernis als eine Lösung der gesamteuropäischen Fragen sehen, sollte man ihnen die gleiche Beachtung wie den Applaudierenden schenken.

Die Zahl der Pakte vor dem ersten Weltkrieg war bedeutend. Der bekannte Rückversicherungsvertrag dauerte so lange wie sein Schöpfer im Amt war, und Bismarcks Abgang zeitigte einen Vertrag, das französisch-russische Bündnis, das dem ersteren recht diametral war. Der Dreibund der Mittelmächte von 1882 wurde mehrfach erneuert, bis er 1915 von Italien gekündigt wurde - zu einem Zeitpunkt, der den Wert des Paktes zum ersten Mal hätte beweisen müssen. Nach dem ersten Weltkrieg wurde der Locarno-Pakt als das wirkungsvollste Friedensinstrument angesehen. Er bestand offiziell elf Jahre und wurde 1936 von Hitler als Antwort auf ein französisch-russisches Bündnis für null und nichtig erklärt. Alle internationalen Abmachungen konnten sämtlich nicht verhindern, dass zwei Weltkriege begannen, das ist immerhin Tatsache.

Das Verlangen nach Sicherheit ist in erster Linie das Motiv dieser Verträge. Die Ereignisse der Vergangenheit zeigen aber, wie fragwürdig

diese Hoffnungen waren. Die versprochenen Beistandshilfen konnten nicht immer erfüllt werden, und das politische Spiel der paktierenden Völker löste Gegenblöcke aus, die in dem Sicherheitsverlangen der anderen nichts anderes als Drohungen sahen. Präventivpakte zeitigten bisher fast immer Gegengruppen, die vielfach zur Verschärfung der internationalen Atmosphäre beitrugen. Nichts aber demonstriert das Zweifelhafte feierlich unterschriebener Verträge mehr als die Tatsache, dass das Bündnis Hitler-Stalin in einer der blutigsten Auseinandersetzungen der Weltgeschichte endete. Es war von vornherein nur eine Täuschung.

Die abfällige Rädensart vom "wertlosen Fetzen Papier", wie man im vergangenen Jahren die Verträge vielfach bezeichnete, trägt den Tatsachen natürlich nicht Rechnung. Die Achtung vor der Heiligkeit von Verträgen unterliegt oft nationalistischen Erwägungen und politischen Konstellationen. Der Zwang, einen Pakt zu halten, entstand, wie die Geschichte der Pakte nicht nur aus Deutschland lehrt, nicht immer aus der Pflicht der einmal gegebenen Unterschrift. Die machtpolitischen Verhältnisse bestimmten meist die Dauer eines feierlich signierten Voreprechens. Es ist bezeichnend, dass die Gefahr bestand, dass allein schon ein "Prawda"-Artikel dem Abkommen Englands und Russlands von 1942 den Garaus gemacht hätte, und auch dieser Vorgang darf als Beweis dafür gelten, dass es mit der Abfassung von juristisch formulierten Verträgen allein nicht getan ist.

Das neu gesponnene Netz von europäischen Bündnissen vermittelt den Eindruck, der Glaube an die Macht von Verträgen sei ungetrübt. Das Positive dieser Verträge besteht ohne Zweifel darin, dass die Partner in ein intimeres Gespräch kommen, die gegenseitigen Probleme besser kennen lernen, Gegensätze ausgleichen und Verständigungen anstreben. Dies sind mehr als technische Hilfsmittel. Immer wieder zeigen die ausserhalb des Vertrages befindlichen Völker dazu, solche Praktiken und die darin eingeschlossenen Unwägbarkeiten und ihre bedeutende Realität zu übersehen oder zu wenig zu berücksichtigen.

Dennoch dürfte klar sein, dass zu einer endgültigen Befriedung der Welt andere Wege einzuschlagen sind. Dies ist bereits in der Schaffung der UN (United Nations, Vereinigte Nationen) geschehen, und es ist gewiss nicht ohne weiteres einzusehen, warum dieses Instrument durch die Vielzahl neuer Verträge praktisch neutralisiert wird. Es ist zu beachten, dass sich die beiden Weltbrände in Europa entzündeten, in jenem Europa, das mit unzähligen Sicherheitsverträgen überzogen war. Die Konflikte Europas riefen Tränen in San Francisco, in Osaka, in Kapstadt und in Delhi hervor. Man sollte daran gehen, in Europa die Methoden zu ändern und den Moment zuarbeiten, der den Abschluss eines einzigen europäischen Paktes bringt und der alle Völker ohne Ausnahme umschliesst, eben die vereinigten Völker Europas. Diesem Gedanken müssen sich auch die Pakte unterordnen, die jetzt in Europa neu geschlossen werden. Sie müssen die Fundamente

Bevins Aufgabe in Moskau

Im "Daily Herald" umreist W.N. Ever, der mit nach Moskau fährt, in einem klaren Überblick die Aufgaben, die auf der Moskauer Konferenz den englischen Außenminister Bevin erwarten. Sechs Punkte stehen zur Debatte:

Punkt 1 behandelt die laufenden, politischen und wirtschaftlichen Probleme Deutschlands, das unter alliierter Kontrolle steht. Er beginnt mit der Prüfung des Berichtes der Kontrollkommission über ihre Tätigkeit, unter besonderer Berücksichtigung der Fragen der "Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Wirtschaftsgrundsätze und Reparationen". In jeder dieser Frage besteht zwischen den Russen und den Westmächten eine weite Meinungsverschiedenheit. Der Kontrollrat hat nicht in einer einzigen dieser Fragen Übereinstimmung erzielt und die Sowjets haben während der letzten Wochen im Rundfunk und in der Presse jede Massnahme der anglo-amerikanischen Politik in Deutschland scharf verurteilt. Das Potsdamer Abkommen forderte eine einheitliche Viermächtepolitik auf dem gesamten Gebiet der Politik und Wirtschaft, vor allem aber die Behandlung Deutschlands als "wirtschaftliche Einheit". Aber der Bericht des Kontroll-Rates lässt erkennen, dass die Durchführung dieser Potsdamer Politik restlos gescheitert ist.

Der zweite Punkt gilt der Entscheidung über die künftige politische Form Deutschlands, die während der Dauer der Kontrolle Gültigkeit haben soll. Soll Deutschland ein zentralisierter Staat werden, in dem die Provinzen lediglich lokale Regierungs-Funktionen ausüben? Oder soll es ein lose miteinander verknüpfter Bund von Provinzen mit weitgehender Selbstverwaltung werden? Auch hier besteht wieder ein scharfer Gegensatz zwischen den Russen (die die Zentralisierung wünschen) und den Westmächten (die ein föderatives System bevorzugen).

Der zukünftige Friede folgt erst an dritter Stelle. Hier sollten die Minister zuerst über die Empfehlungen beraten, die ihnen von den Stellvertretern unterbreitet werden. Es gibt deren wenig genug, da sich die Stellvertreter über keinen einzigen Punkt vollkommen einig wurden. So müssen die Minister selbst das dornige Problem ganz von vorn in Angriff nehmen, ob und wieweit die "kleinen" Alliierten an der Arbeit beteiligt werden. Dann kommt die Aufgabe, eine Einigung über die "Grunddirektiven", über Fragen der zukünftigen Grenzen Deutschlands und des Statuts von Rhein und Ruhr zu erzielen. Eine Reihe von Punkten, über die die Meinungen weit auseinandergehen.

Punkt vier bildet der Vorschlag von Byrnes für einen Viermächtevertrag, um die Entmilitarisierung und Entwaffnung Deutschlands während der nächsten 25 Jahre zu sichern. Bevin unterstützt diesen Vorschlag lebhaft. Die Russen dagegen halten aus Gründen, die bisher nicht klar geworden sind, nicht viel von dem Plan und haben während der letzten neun Monate es abgelehnt, überhaupt darüber zu diskutieren.

Punkt fünf betrifft die Prüfung des Berichtes der Kohlenachverständigen über die Verteilung der Ruhrkohle, der ebenfalls schon seit letzten Herbst auf der Tagesordnung steht.

Als Punkt sechs kommt noch die Ausarbeitung des Friedensvertrages für Oesterreich. Hier sollte sich die Möglichkeit einer positiven Arbeit ergeben - obwohl auch hier einige schwierige Probleme zu lösen sind, z.B. das der zukünftigen jugoslawisch-österreichischen Grenze, über die sich die Stellvertreter nicht einig werden konnten. Aber wenn Oesterreich wieder aufgerichtet werden soll, so kann man es sich nicht selbst überlassen, bis alles besprochen worden ist. Das aber bedeutet nichts anderes, als dass es bereits Differenzen über die Frage geben wird, in welcher Reihenfolge die Tagesordnung erledigt werden soll. Bevin und Marshall

werden wahrscheinlich danach streben, die österreichische Frage sobald wie möglich zu besprechen. Molotow dagegen wird wahrscheinlich anderer Meinung sein, denn die Russen haben es mit der Festlegung eines österreichischen Vertrages nicht eilig.

Der Bericht schliesst mit den Worten:

"Dies sind die sechs Punkte, die zur Debatte stehen. Es sind sechs wichtige Punkte, über die bislang nicht die geringste Übereinstimmung besteht. Selbst wenn alle Seiten von besten Willen durchdrungen sind, muss es eine schwierige Konferenz werden. Und was immer auch erreicht werden sollte - es wird noch viel Arbeit für spätere Konferenzen übrig bleiben. Grosse Erwartungen können nur zu grossen Enttäuschungen führen." (m/Blo/73/1/ho)

Russland befürchtet Nordischen Block

Der russische Rundfunk zitierte dieser Tage eine Meldung des Organs der sowjetischen Gewerkschaft "Trud", dass in Skandinavien Bestrebungen zur Bildung eines sog. Nordischen Blocks im Gange seien, der den ganzen Norden und die angrenzenden arktischen Gebiete umfassen soll. Träger des Gedankens seien, wie "Trud" behauptet, Schiffsbauer, grosse Importeure, Bankiers und Konservative. Sie forderten die Standardisierung der Waffen der skandinavischen Länder und die Bildung einer besonderen Verteidigung, die die Unterstützung durch eine Grossmacht benötigt. Dies sei nichts anderes als ein "Plan zur Umwandlung des ganzen Nordens und der anschliessenden arktischen Regionen in einen grossen Flughafen für die anglo-amerikanischen Düsenflugzeuge und den Ausbau der skandinavischen Häfen zu Ankerplätzen für die grössten Kriegsschiffe".

In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass das norwegische Parlament mit 103:11 Stimmen der Kommunisten die russische Forderung nach Erlaubnis zur Anlegung von militärischen Stützpunkten auf Spitzbergen abgelehnt hat. Die norwegischen Kommunisten hatten im Laufe der Debatte darauf hingewiesen, dass im April 1945 die norwegische Exilregierung die Ansicht vertreten habe, die Verteidigung Spitzbergens sei ausschliesslich eine sowjetisch-norwegische Angelegenheit. Die Mehrheit des Parlaments bekannte sich jedoch zu einem Beschluss des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, dass sich die Situation seit April 1945 geändert habe. (m/Blo/73/1/ho)

Die schwedische Europa-Hilfe

hat dieser Tage den bisher grössten Transport für das leidende Europa durchgeführt. In Trelleborg wurden über 60 Eisenbahnwagen mit 500 t Lebensmitteln und Kleidungsstücken für das schwedische Hilfswerk "Rettet die Kinder" bereitgestellt. Da die Schiffverbindungen nach den Ostseehäfen wegen der augenblicklichen Eisverhältnisse unterbrochen sind, soll der Versand in die einzelnen Länder über Polen erfolgen, wohin die regelmässige schwedische Kohlen-Fähre Trelleborg-Gödingen mit Hilfe des starken Eisbrechers "Atle" noch weiterhin verkehrt. (b/414/192/1/ho)

Italienische Vermunfttete

(von einem Mitarbeiter in Italien)

Als Alcide de Gasperi nach vieltägigem Bemühen in der ersten Februarwoche sein drittes Kabinett zustandegebracht hatte, sagte er zu den Journalisten, die ihn beglückwünschten: "Gute Wünsche lasse ich mir gefallen, denn die kann man immer brauchen, aber keine "Beglückwünschung", denn bei Vermunftteten nimmt man gerade jeden guten Wunsch, aber keine Gratulation entgegen. "Und dennoch kann sich Italien gratulieren, dass es de Gasperi gelungen ist, die drei grossen Parteien, auf die es zur Zeit ankommt, noch einmal unter einen Hut zu bringen; die Sozialisten Nenni, die Kommunisten Togliatti und die eigene christlich-demokratische Partei. Auf die Hilfe anderer konnte der Ministerpräsident verzichten. Der Hut aber, das darf man wohl sagen, sitzt noch etwas lockerer als zuvor.

Da Gasperi hat nie klar ausgesprochen, warum er nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten, wo er so erfolgreich verhandelt hat, seinen Rücktritt erklärte und eine parteipolitische Krise heraufbeschwor. Man nimmt allgemein an, dass er geglaubt hat, von den Kommunisten und der kommunistenfreundlichen proletarisch-sozialistischen Bewegung Nenni unabhängig werden zu können, nachdem kurz zuvor (während seiner Abwesenheit) Giuseppe Saragat durch Gründung der "Sozialistischen Partei Italiens" einen wesentlichen Teil der sozialistischen Abgeordneten aus der Partei Nenni herausgesprengt hat. Da Saragat aber aus parteitaktischen Gründen die Mitwirkung seiner Partei bei der neuen Regierung zur Überraschung de Gasperis verweigerte, und da eine Kombination mit der Rechten (vor allem mit den merkwürdig schillernden Qualunquisten) für den Ministerpräsidenten natürlich nicht in Frage kommen konnte, kam es nun dahin, dass die Grundpfeiler der bisherigen Regierungskoalition bestehen blieben, dass sie aber schwächer sind als bisher.

Jene Vermunfttete, von der de Gasperi sprach, hat jedoch das eigenartige Schauspiel geboten, dass sich zwei Brautführer, Togliatti und Nenni, unmittelbar vor dem Eintritt in die Kirche von der Veranstaltung zurückzogen. Weder Togliatti (der Kommunist), noch Nenni (der kommunistenfreundliche Sozialist) sind in die Regierung eingetreten, sie haben nur einige ihrer Mitarbeiter delegiert. Der Entwicklungsgang ist charakteristisch genug: im ersten Kabinett de Gasperis sass auch Togliatti und Nenni, ins zweite war nur noch Nenni eingetreten, und im dritten sitzt keiner von beiden mehr. Sie wollen dadurch weniger ihr sicher tiefgehendes Misstrauen gegen die christliche Mitte zum Ausdruck bringen, als den Wunsch, im Grunde genommen für das, was die Regierung tut, nicht verantwortlich zu sein. Mitregieren aber ohne die Mitverantwortung scharlich tragen zu wollen, ist in einer Demokratie eine sehr missliche Sache. Misslich ist allerdings erst recht, dass eine Regierungsbildung überhaupt nur möglich ist, wenn sich Parteien zur Koalition vereinigen, die nun einmal nicht zueinander passen.

Also ein Misstrauen aller gegen alle? Bis zu einem gewissen Grade ja, aber das hat weniger persönliche Gründe, als dass es die unvermeidliche Begleiterscheinung einer noch vollkommen problematischen inneren Lage des Landes ist. Weder lässt sich heute mit Genauigkeit sagen, wie gross der tatsächliche Anhang der verschiedenen Parteien und Parteiführer ist (neue Wahlen werden bald darüber Aufschluss geben), noch liegt der Weg der einzelnen Parteien endgültig fest. Die von Saragat aufgeworfene Frage ist die zentrale Frage der italienischen Politik: Wird es künftig eine starke, selbständig denkende und unabhängig vom Kommunismus handelnde, wahrhaft demokratische Sozialistenpartei geben, die instande ist, grosse Massen des Volkes an sich zu ziehen, oder wird das kommunistisch-sozialistische Zwielicht weiterbestehen, das sich im Umkreis von Nenni und seiner Partei verbreitet hat? Italien ist bekanntlich nicht das einzige Land, in dem diese Entscheidung fallen muss. Ist sie einmal zugunsten des demokratischen Sozialismus gefallen, so wird sich eine schöpferische Zusammenarbeit mit der christlich-demokratischen Partei von selbst ergeben. Einstweilen begünstigt die allgemeine Ver-

fassung des Landes das Zwielicht. Die Folgen des Krieges, des Faschismus und der psychologischen und materiellen Katastrophe, die Lebensmittelknappheit, die Hemmung der industriellen Tätigkeit, die allgemeine Verwilderung des Denkens und Handelns weiter Kreise und der plötzlich ausgebrochene Kampf um Kirche und Religion - dies alles will eine Klärung und eine Gesundung des demokratischen Lebens vorerst nicht aufkommen lassen, und es gibt viele, die dabei im Trüben fischen möchten.

Mit der fortschreitenden Konsolidierung des Landes müssen sich auch in Italien die Probleme vereinfachen. Auf eine Formel gebracht, lässt sich der Kern heute so umschreiben: während weite Kreise der Mitte, der Rechten, ja sogar der Linken den Vorwurf gegen Togliatti und den Kommunismus erheben, er bereite mit den üblichen "legalen Mitteln" seine Machtergreifung vor, indem er die Plattform der anderen unterhöhle, werfen Togliatti und Nenni (um nur diese zu nennen) der Rechten einen gefährlichen Weg zu einer faschistischen Renaissance irgendwelcher Art vor, während sie de Gasperi und seine Partei beschuldigen, sich im Schlepptau des westlichen Kapitalismus und einer "vaticanischen Reaktion" zu befinden. Sobald die neue Partei Saragats genügend stark und aktionsfähig sein wird, wird das Verhältnis zwischen ihr und den Christlichdemokraten bewiesen, welcher dieser beiden Vorwürfe der berechtigtere ist. Inzwischen wird die Verdunftsche, die de Gasperi eingegangen ist, der italienischen Demokratie eine wertvolle Frist zu ihrer Konsolidierung geben. Man wird sehen, ob sie mit Erfolg ausgenützt werden wird.
(b/-/53/1/he)

Mittelstands-Gewerkschaften?

Ein aussichtsreicher Vorschlag des "Figaro"

A.F. Paris, Ende Februar

Die rechtsstehende, aber politisch unabhängige französische Zeitung "Figaro" wirbt seit einigen Wochen für einen gewerkschaftlichen Zusammenschluss des französischen Mittelstandes. Sie stellt fest, dass sowohl die Arbeiter wie auch die Bauern in starken Verbänden zusammengeschlossen seien, während niemand tatkräftig die Rechte des Mittelstandes verteidige. Die bestehenden Vereinigungen seien einerseits sehr schwach und andererseits auf die Wahrung eng begrenzter Berufsinteressen beschränkt. Der Mittelstand sei heute mehr denn je verpflichtet, an seine Verteidigung zu denken, da er Gefahr läuft, in der augenblicklichen sozialen Revolution unterzugehen.

Die Aufforderung des "Figaro" scheint nicht ohne Echo geblieben zu sein, zumal da die Zeitung über die grösste Auflage unter den Pariser Blättern verfügt und hauptsächlich vom Mittelstand gelesen wird. Es wird zur Zeit ernstlich der Versuch unternommen, eine Mittelstandsgewerkschaft zu bilden. Dabei weist man darauf hin, dass diese neue Vereinigung keineswegs den Arbeitergewerkschaften entgegengetreten wolle, umso weniger, als die Interessen der beiden Klassen sich kaum im Widerspruch zueinander befinden. In Wirklichkeit würde diese Bewegung, wenn sie erfolgreich sein sollte, zwangsläufig zu einer politischen Gegenkraft der Arbeitergewerkschaften werden. Das aber ist wohl der eigentliche politische Grund, denn das französische Bürgertum befürchtet heute besonders stark die Beherrschung des Staates durch den sehr mächtigen Allgemeinen Gewerkschaftsbund. (b/A15/33/1/he)

Verantwortlich i.V.: Peter Raunau, Hannover

Der Mittelstand in der Sozialdemokratie

Der völlige Zusammenbruch längst überalterter Wirtschafts- und Gesellschaftsformen hat grosse Teile der sogenannten Mittelschichten vor völlig neue Tatsachen gestellt. Der Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz zwingt sie, sich mit diesen Tatsachen auseinanderzusetzen. Für diejenigen unter ihnen, die lebenswillig und lebensfähig sind, bedeutet das zugleich eine neue politische Orientierung. Durch Täuschung und Verleumdung sind diese Schichten mit völlig falschen Vorstellungen vom Sozialismus und der Sozialdemokratischen Partei erfüllt worden, damit sie der politischen und wirtschaftlichen Reaktion als Massenbasis dienen konnten. Nachdem der Spuk verfliegen ist, finden sie nunmehr in zunehmender Masse den Weg in die Sozialdemokratische Partei. Sie sehen in ihr die Vertreterin aller Menschen, die von eigener Arbeit leben.

Mit der wirtschaftlichen und der organisatorischen Seite dieses Problems befaßte sich ausführlich die letzte Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD. In den Beratungen stand im Vordergrund, dass es sich mehr noch als um Fragen der Organisation um Grundsätzliches handelt. Der Mittelstand ist immer getäuscht worden, indem man ihn von Seiten der bürgerlichen Parteien eingeredet hat, man wolle seine Sonderinteressen wahrnehmen. In Wirklichkeit ist der Mittelstand stets den Interessen des Grossbesitzes bedenkenlos geopfert worden, aber sicher niemals so, wie unter dem Nationalsozialismus im Zeichen der Rüstungswirtschaft.

Im sozialistischen Wirtschaftsprogramm hat der Mittelstand einen festen und gesicherten Platz. Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es nun, den selbständig Schaffenden Wege zur Sicherung ihrer Existenz zu weisen und ihnen zu helfen, die Aufgaben zu erfüllen, die den Mittelschichten gerade im Rahmen der von der Sozialdemokratie geforderten Planwirtschaft erwachsen. (b/B3/63/1/he)

Bäuerliche Agrarpolitik

Der agrarpolitische Ausschuss beim Parteivorstand der SPD setzte seine Beratungen über Massnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion fort. Gegenüber dem bisherigen System, möglichst viel von dem zu erlassen, was erzeugt wird, muss es künftig mehr noch darauf ankommen, so viel zu erzeugen, wie der deutsche Boden in den Händen tüchtiger Landwirte nur herzugeben vermag. Dabei wird nicht nur an die gegenwärtige Periode des Mangels und des Hungers gedacht, sondern auch an die Zeit, in der die deutsche Landwirtschaft im Stande sein muss, einer ausländischen Konkurrenz zu begegnen.

Eine auf Steigerung der Leistungsfähigkeit gerichtete Agrarpolitik liegt zugleich im Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes und der Bauern. Zu diesem Zweck müssen der Landwirtschaft die Aufgaben gestellt werden, die das gemeinsame Interesse erheischt. Selbstverständlich müssen gleichzeitig alle technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die gutwilligen Landwirte durch Beratung und Wissenschaft unterstützt diese Aufgabe erfüllen können. Aus der industriellen Erzeugung müssen die notwendigen Maschinen und Geräte erfasst und ohne Umwege, ohne "graues Markt" den Betrieben zugeführt werden. Dabei muss die Kontrolle und die Erfassung in der gewerblichen Wirtschaft im gleichen Umfange und mit der gleichen Strenge durchgeführt werden wie in der Landwirtschaft. Selbstverständlich müssen die Forderungen hoch gestellt werden.

so dass sich der Fleissige vom Faulen, der Gutwillige vom Saboteur durch die Leistung unterscheidet. Vor allem aber muss der Preis für landwirtschaftliche Produkte so sein, dass die Landwirtschaft auch ohne schwarzen Markt wirtschaftlich gesund bleibt und genügend industrielle Erzeugnisse aufnehmen kann.

Die gegenwärtigen Organe der landwirtschaftlichen Verwaltung sind im wesentlichen überreste reaktionäre Einrichtungen. Überall ist der Versuch erkennbar, den Weg zurückzugehen, der einmal vom Reichslandbund zum Reichsnährstand führte. Dabei würden besonders die kleineren und mittleren Bauern wieder die Dummen sein. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei die Errichtung politisch unabhängiger bäuerlicher Berufsverbände. Im agrarpolitischen Ausschuss wurden zahlreiche Beispiele dafür angeführt, dass in Nachahmung der früheren Verbindungen Landbund-Deutschnationale, Reichsnährstand-Nazis jetzt versucht wird, aus den Bauerverbänden getarnte Hilfsorganisationen für eine bestimmte bürgerliche Partei zu machen. Gegen solche Versuche werden sich alle Sozialdemokratischen Bauern - und das ist heute schon eine grosse Anzahl - mit aller Entschiedenheit wehren. Gerade auf dem Lande hat der Missbrauch des Kleinen durch die Grossen verheerende Folgen gehabt. Alle notwendigen Massnahmen zur Sicherung der Ernährung wie zur Stärkung der bäuerlichen Wirtschaftskraft können nur durch eine tatsächlich unabhängige Organisation entwickelt und getragen werden, die sich zum Ziel gesetzt hat, bäuerliche Agrarpolitik im Rahmen einer verminderten Wirtschaftspolitik zu betreiben. (b/B3/62/1/he)

Wir weisen auf diesen Beitrag besonders hin.

Ernst Reuter - Berlin

Der heute 57jährige Ernst Reuter, seit kurzem Leiter der Verkehrsabteilung von Berlin, ist ein international anerkannter Kommunalfachmann. Seit 1921 sass er in der Berliner Stadtvorordnetenversammlung, wurde 1926 besoldeter Stadtrat, damals schon als Spezialist für Verkehrsfragen (er ist der eigentliche Schöpfer der BVG, der Berliner Verkehrs Gesellschaft, über deren vorbildliche Organisation und Leistungen es in der ganzen Welt nur ein Urteil gab). Seit 1931 hat er auch tatkräftig an den meisten Grossbau- und Siedlungsprojekten mitgewirkt. Einige Stationen vor seiner Tätigkeit: 1912 Staatsexamen, Arbeit in den zentralen Bildungsausschüssen der SPD, nach dem ersten Weltkrieg vorübergehend Generalsekretär der KPD, 1922 Redakteur der "Freiheit", später nach seinem Uebertritt zur SPD des "Vorwärts". Im Mai 1931 wurde Reuter Oberbürgermeister von Magdeburg, von wo ihn später die Nazis vertrieben. Nach mehrmaliger Festnahme durch die Gestapo gelang es ihm, 1935 nach London zu kommen, - von wo er später in die Türkei ging. Ein grosses Können und die Wertschätzung seines aufrechten Charakters liessen ihn bald immer wichtigere Funktionen ausüben, vor allem als Berater im türkischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium. 1939 erhielt er die Professur für Kommunalwissenschaft an der Verwaltungsakademie für höhere türkische Beamte, wo er seine Vorlesungen bald in der gewiss schwierigen türkischen Sprache halten konnte. (Reuter hat übrigens auch einige Zeit in Moskau gelebt und spricht auch Russisch). Inzwischen ist Reuter nach Deutschland zurückgekehrt, weil es für ihn selbstverständlich war, dass er seine Kraft dem deutschen und insbesondere dem Berliner Wiederaufbau zur Verfügung stellte. Er ist Sozialist seit seinen frühen Jahren und gehört der SPD an.